

Schlesische Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausfall 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8937.

Donnerstag, 17. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepalten oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Sozialdemokrat Hörning als Spitzelchef!

Preußenwähler! So sehen rechtssozialistische Führer und Parlamentarier aus.

Uns sind folgende geheimen Erlasse des rechtssozialistischen Oberpräsidenten Hörning auf den Redaktionsstisch geflogen:

Hörnings politische Schnüffelgarde.

Der Oberpräsident.
T. Z. 172. Nr. 6. D. Magdeburg, 13. Mai 1920.
Verschiedene Einzelfälle geben mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auch in Zukunft von allen politischen Strömungen und Vorkommen, die auf eine gewaltsame Aenderung der Verfassung, örtliche Unruhe oder sonstige größere Unruhen und Störungen des allgemeinen Wirtschaftslebens gerichtet sind, der Meldestelle beim Oberpräsidenten unverzüglich, und zwar unmittelbar berichtet wird, da dies im Interesse der Staatsicherheit unbedingt erforderlich ist.

Ich ersuche deshalb nochmals ergebenst, über alle Vorkommnisse und Anfragen der Meldestelle dieser unmittelbar fernmündlich oder schriftlich sofort zu berichten, damit die Meldestelle diese Vorkommnisse schnellstens dem Herrn Staatskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung mitteilen und mir hierüber Meldung machen kann.

Ferner ersuche ich ergebenst, alle Zuschriften der genannten Art in doppeltem Umschlage zu senden, und zwar mit äußerer Aufschrift: „An den Herrn Oberpräsidenten“, innerer Aufschrift: „An die Meldestelle beim Oberpräsidenten“.

Die nach dort gehenden Anfragen und Mitteilungen werden ebenfalls in doppeltem Umschlage („Eingeschrieben“ und „Eigenhändig“) an die nachgeordneten Dienststellen gesandt werden.

gez.: Hörning.

Ausweisung kommunistischer Ausländer.

Der Oberpräsident und Regierungskommissar.
O. P. 8319. S. 3. Magdeburg, 10. Juni 1920.

Die Tätigkeit hauptsächlich ausländischer kommunistischer Elemente, die auf eine gewaltsame Aenderung der Verfassung durch die Errichtung der Räteverwaltung abzielt, trägt wesentlich dazu bei, die Bevölkerung der Provinz in dauernder Unruhe zu halten. Ich ordne daher an, daß sämtliche Polizeibehörden der Provinz alle Ausländer, die als Anhänger der beiden kommunistischen Parteien bekannt sind und die sich im Sinne dieser Parteien betätigen, zwecks Einleitung des Ausweisungsverfahrens vorläufig festzunehmen. Falls nicht ganz besondere Gründe dies überflüssig erscheinen lassen, ist als Form der Ausweisung die des Zwangstransportes anzuordnen; solange der Transport nicht möglich ist, was insbesondere bei russischen Staatsangehörigen der Fall sein wird, sind die Festgenommenen in polizeilicher Haft zu behalten. Die dadurch entstehenden Kosten sind Kosten der Landespolizei. Ueber jedes Ausweisungsverfahren ist mir unterzüglich Bericht zu erstatten. Sollte die Zahl der Festgenommenen so groß werden, daß eine Festhaltung der Betreffenden in Polizeigefängnissen auf Schwierigkeiten stößt, so ist mir hierüber zu berichten. Ich habe bereits vorbereitende Maßnahmen getroffen, um in diesem Falle die Betreffenden in einem besonders abgegrenzten Teil des Russenlagers Altengrabow unterzubringen.

Ein Spitzelbericht über illegale Kampforganisationen.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.
Magdeburg, 15. Dezember 1920.
Mt. Nr. 775/20.

Nach einem hier eingegangenen Bericht hat sich in Ausführung der Statuten der 3. Internationale bezüglich Bildung illegaler Kampforganisationen für das gesamte Reich eine Kommission der KPD gebildet, deren Leitung einem an der Spitze arbeitenden russischen Kommissar übertragen sein soll. Für Mitteldeutschland besteht eine Zehnertkommission unter Führung des Parteibürokraten J. aus Leipzig. In einer Sitzung dieser Kommission hat Drehschel berichtet, daß sich die Kampforganisation und Nachrichtenzentrale für Mitteldeutschland in Leipzig befindet.

Die Sozialistische Arbeiterföderation hat ihren Namen in Freie Arbeiter-Union umgeändert. gez.: Unterschrift.

Gegen kommunistische Landagitation.

Meldestelle beim Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.
Mt. T. Z. - Nr. 892/20. Magdeburg, 1. Januar 1921.

Nach einer Mitteilung der „Ostpreussischen Zeitung“ vom 19. v. Mts. reisen auf den Dörfern und Gütern, besonders in Mecklenburg, Ostpreußen, Brandenburg, der Provinz Sachsen, am Niederrhein, zahlreiche kommunistische Agitatoren umher, die den Landarbeitern die Aufstellung großer Güter unter kommunistischer Regierung in Aussicht stellen und den Kleinbauern die Vergößerung ihrer Wirtschaft versprechen. Die Landarbeiter werden zur Zusammenrottung im Fall einer Revolution aufgefordert.

Es wird ergebenst ersucht um gefl. Feststellung, ob diese Nachricht zutrifft, und um Einreichung eines Berichts gebeten.

gez.: Unterschrift.

Das also ist die Regierungskunst Hörnings! Wie hat er vor dem Kriege mit allen seinen rechtssozialistischen Parteigenossen jede Bestimmungsschnüflei und jede politische Polizei bekämpft. Jetzt übt er sie stärker aus als jemals ein Oberpräsident in Preußen. Jetzt müssen die Landräte alle Maßnahmen treffen, um die Kommunisten zu überwachen. Nichts liebt man in diesen Erlassen über die Orgelei, die doch wohl auch eine illegale Kampforganisation ist. Nur vor dem Proletariat haben die Rechtssozialisten Angst, während sie den Kappisten bei ihren Vorbereitungen helfen, wie während der Rätezeit, Vorsicht ist Herr Hörning auch, er verwendet doppelten Briefumschlag. Aus Angst vor wem, Herr Hörning? Sie sehen doch, es hilft Ihnen nichts, die verfluchten Bolschewisten sehen auch durch zwei Briefumschläge.

Den ungeschriebenen Belagerungsstand wendet Hörning gegen Kommunisten an. Jeder Ausländer, er kann das erbärmlichste Subjekt sein, ist Herr Hörning in der Provinz Sachsen willkommen. Ist der Ausländer aber ein Kommunist, so kann er keine Existenz haben, unbescholten und der aufrichtigste Mensch sein; Hörning hat seine Polizeivorgänge angewiesen, ihn ohne Federklein zu verhaften und sofort abzutransportieren. Dieses unmensliche Ausnahmerecht hat Hörning schon gegen Genossen Dr. Stern angewendet und wieviel Genossen noch, die sich uns nicht bemerkbar machen konnten, weil sie plötzlich abgeschoben wurden. Russen werden noch schlimmer behandelt; sie müssen in ein Lager gesperrt werden, bis es dem rechtssozialistischen Herrn gutdünkt, sie abzuschicken.

Hat je ein Beamter des alten wilhelminischen Staates so unmenslich gehandelt, wie der Arbeitervertreter Hörning in der Behandlung der Ausländer? Haben nicht vielmehr alle sozialdemokratischen Redner das Asylrecht für alle Ausländer gefordert. Welch Unterschied ist doch zwischen Versprechen und Halten bei den Sozialdemokraten!

Und gar noch der Spitzelbericht bedient sich der Oberpräsident. Jemand phantasiert von einer illegalen Kampforganisation, findet sogar nichtregistrierte Namen, und Hörning verbreitet sie an die Landräte. Das ist die Regierungskunst der Rechtssozialisten.

Der Gedanke des Kommunismus auf dem Lande ist ihm unerträglich. Wie kann man Landarbeiter gegen die braven Großgrundbesitzer aufhezen und gar Kleinbauern mehr Land versprechen? Die Krantjunker müssen geschützt werden, ihnen darf kein Haar gekrümmt werden; so will es der „Arbeiter“ Hörning.

Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und Landarbeiter, erhebt euch gegen diese mehrheitssozialistischen Knechte der Krantjunker.

Die Tage der rechtssozialistischen Arbeitervertreter sind gezählt, wenn ihr euch zur geschlossenen Kampffront gegen die Schieber- und Spitzelrepublik formiert. Schlagt sie nieder, die sozialdemokratischen und Orgelespitzel.

Die Oligarchie im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Von Karl Ertinger, Jena.

In der modernen Genossenschaftsbewegung bildet sich mit der Entwicklung und Verbreitung der Bewegung derselbe Geist heraus, wie er in den Gewerkschaften zu einer Gefahr für die Arbeiterklasse wurde.

Die notwendigen Instanzen in diesen großen Organisationen wurden aus Führern der Mitglieder Führer über die Mitglieder. Die Genossenschaftsbürokratie hat noch viel schlimmer wie die Gewerkschaftsbürokratie ein eigenes, besonderes Interessengebiet, was mit den Interessen der breiteren Mitglieder nicht in Einklang stand, ja sich sogar zu großen Gegensätzen herausentwickelte.

Die Genossenschaftsbürokratie ist das stärkste Rückgrat der sogenannten Arbeiteraristokratie, das ist diejenige Arbeiterschaft, die im kapitalistischen Produktionsprozess eine besondere Stellung einnimmt, sei es als hochqualifizierter Arbeiter oder als Führer derjenigen Arbeiterorganisationen, die im Kapitalismus eine notwendige wichtige Stellung einnehmen zur Erhaltung des Kapitalismus. Das Fundament dieser Arbeiteraristokratie liegt bei den Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft. Bei den Genossenschaften ist die Frage komplizierter, aber in der Wirkung desto krasser. Viele materielle und geistige Berührungspunkte bestehen heute zwischen den kapitalistisch-mittelständischen Interessen und den genossenschaftlich-kapitalistischen Interessen. Beide Interessenvertretungen fordern heute den freien Handel, sie stehen grundsätzlich auf dem Boden des freien Tauschverkehrs. Die Interessen der Genossenschaftsführer sind also sehr stark abhängig von der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die doch als ihre Grundlage den freien Tauschverkehr, das „freie Spiel der Kräfte“ hat. In dieser Seelenverwandtschaft mit Stinnes und seinem kleinbürgerlichen kapitalistischen Anhang liegt also das Fundament der Arbeiteraristokratie aus den Konsumvereinskreisen.

Das Streben jeder Aristokratie geht dahin, sich möglichst unabhängig von den „äußeren“ Einflüssen ihrer anderen interessierten Umwelt zu machen, zugleich aber auch einen herrschenden und alleinbestimmenden Druck auf die „Maffen“ auszuüben.

Wir wissen, wie sich die Gewerkschaftsbonzen hinter einen Wall von Verbandsstatuten versteckt haben, deren Kenntnis bald einen besonderen Zweig der bürgerlichen Rechtswissenschaft voraussetzt.

Noch besser haben es die Genossenschaftsführer verstanden, sich von ihrer Umwelt, den Mitglieder Massen, abzuschließen. Wohl haben die Mitglieder sogenannte statutarische und gesetzliche Rechte, die einmal sehr nebensächlicher Natur sind, zum andern aber einfach papierner Rechte sind, weil die Anwendung dieses Rechtes eine genaue Kenntnis des umfangreichen Genossenschaftsgesetzes erfordert.

Das Genossenschaftsrecht und die selbstgeschaffenen Statuten, ich denke besonders an das Hamburger „Kaufstatut“, sind starke Mittel zur Erhaltung der Interessen der Genossenschaftsbürokratie.

Dieses bewusste und systematische Abschneiden von den äußeren Einflüssen hat dazu geführt, daß innerhalb dieser großen Bürokratie nur ein kleiner Kreis tonangebend ist. Dies ist die „Hamburger Richtung“, wie sie in genossenschaftlichen Kreisen genannt wird, die Herren Kaufmann, Wästlein, Rasch und Konsorten. Der erste „sozialdemokratische“ Staatssekretär Dr. August Müller seligen Andenkens, ging ebenfalls aus diesem Kreis hervor. Diese Hamburger Gruppe beherrscht heute die gesamte deutsche Genossenschaftsbewegung. Es ist die Oligarchie im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Zur Erhaltung ihrer Macht haben sie sich einen sehr systematisierten Apparat aus den Konsumvereinen geschaffen. Ihr Wille wird von den willenlos arbeitenden Instanzen, den Genossenschaftstagen, Unterverbandsstagen, Mitglieder- und Generalversammlungen der Vereine meist ohne Gegenrede bekräftigt. Eine Handvoll Menschen beherrscht hier eine millionenstarke proletarische Organisation und mißbraucht dieselbe unter dem Deckmantel der „politischen Neutralität“ und der „Konsumanteninteressen“ zu kapitalistischen Interessen.

Was sind denn die Unterverbandsstagen und Genossenschaftstagen, die über die „Grundzüge der Bewegung zu bestimmen haben“, wie Aug. Rasch meint? Es sind Zusammenschlüsse von Geschäftsführern und Aufsichtsräten, die in ihrer großen Mehrzahl von vornherein schon durch ihre Interessen im Hamburger Topfwasser schwimmen. Die Statuten zu diesen Tagungen werden nur in den Gewerkschaften der Vereine vorgenommen. Vorstand und Aufsicht-

Eine nette Gesellschaft.

Auf der Wiener Konferenz der Internationale 2 1/2 wird sich eine recht nette Gesellschaft zusammensetzen. Aus Frankreich kommt die Meldung, daß neben Longuet, Mitteral, Paul Faure und Guade auch Renaudel delegiert wurde. Aus England wird vermutlich MacDonald, der Sekretär der 2. Internationale sich an dem Wiener internationalen Dis-

zakterklub beteiligen. Die russischen Menschewiki haben R. Abramowitsch, B. Areltsch, G. Drolbo und S. Martow delegiert. So manchem Arbeiter, der heute noch der USF nachhängt, dürfte ein Witzchen ausgehen über seine Partei, wenn er die internationale Gesellschaft sieht, mit der sie umgeht. Ob nicht den Herren Lebedow und Rosenfeld doch die Schamröte ins Gesicht steigt, wenn sie in Wien Renaudel an ihr „revolutionäres“ Brüberzeug denken?

1921

rat bestehen aber in den meisten Fällen aus der sogenannten Arbeiteraristokratie, von denen keine grundsätzliche Opposition zu erwarten ist. Die Generalversammlungen, aus denen der Aufsichtsrat hervorgeht, werden nur von einem Bruchteil der Mitglieder besucht, weil in diesen Versammlungen, durch Statut verhindert, niemals ein aktiver Geist zu Tage treten kann. Der Geist der meisten solcher Versammlungen ist so trübe und lähmend, bewegt sich nur im Rahmen der „großen Zahlen“, daß der Proletarier sich mit Recht von diesen Versammlungen keine Energiezufuhr seines Kampfbewußtseins verspricht. Besucher der Versammlungen war also meistens nur die Arbeiteraristokratie und die von ihnen beeinflussten Elemente.

Dieser trübe, lähmende und energielose Geist überträgt sich demzufolge auch auf die Organe der Genossenschaften, von den Mitgliederausgüssen des Vereins bis zum Generalrat des Zentralverbandes, die nun alle spielend von der „Hamburger Oligarchie“ beherrscht werden.

Zu bemerken ist hierzu noch, daß die genossenschaftliche offizielle Presse, die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ in beinahe 1 Million Exemplaren dafür sorgt, daß bei den indifferenten und bürgerlich interessierten Mitgliedern der Hamburger Geist anrecht erhalten bleibt.

Diese „Konsumgenossenschaftliche“ Hamburger Richtung wirkt sich aber durchaus arbeiterfeindlich aus, weil dort verstanden wird, daß es kein absolutes Konsumenteninteresse gibt, sondern nur ein bürgerliches und proletarisches, was aber als Klasseninteresse in die Erscheinung tritt. Die Ideologie der Hamburger „Konsumgenossenschaftler“ ist durchaus kleinbürgerlich-kapitalistisch, und hiervon werden heute die Konsumvereine beeinflusst.

Der Kampf, der heute um die Grundsätze der Genossenschaftsbewegung beginnt, ist ein Kampf, der von den Lebensinteressen des Proletariats getragen wird. Das klare revolutionäre Klassenbewußtsein des Proletariats kämpft gegen die bürgerliche, die soziale Revolution ablehnende Ideologie der Hamburger Richtung.

Auch wir meinen mit Aug. Kasch, daß die Organe der genossenschaftlichen Bewegung über Taktik und Wege bestimmen können, aber nur dann, wenn diese Organe und vor allem die höchste Instanz, der Genossenschaftstag, nicht mehr die Vertretung einer bestimmten Clique darstellen, sondern wenn sie von dem absoluten Willen der breiten Mitglieder-massen getragen werden.

Solange dieses nicht der Fall ist, und bis die proletarischen Interessen nicht mehr desavouiert werden, werden wir Kommunisten, trotz des Geschreis der Führer der Genossenschaftsbürokratie, uns nicht davon abhalten lassen, den Kampf um die Grundsätze innerhalb der Genossenschaftsbewegung zu führen.

Die kommunistischen Genossenschaften haben die Pflicht, die „genossenschaftlichen Interessen“ restlos zu erfüllen, die darin bestehen, daß man nicht vom Kleinbürgerlichen Standpunkt aus an heutigen Notwendigkeiten nörgelt, wie Erhöhung der Geschäftsanteile, Dividenden usw., oder zwischen Krämer und Konsumverein hin- und herpendelt. Aber diese „genossenschaftlichen Interessen“ sind für uns Kommunisten nur Nebenächlichkeiten, weil deren Erfüllung die Selbstschaltung der Konsumvereine erfordert. Uns Kommunisten ist die Hauptsache die Zielrichtung, der Geist der Genossenschaftsbewegung. Diese müssen wir in Einklang bringen mit den Trägern der Konsumvereine, den Proletariern. Die kommunistische Internationale zeigt uns den Weg, in Sowjetrußland sehen wir das Ziel.

Politische Ueberblick.

Wahlschwinder.

Wie die „Volkswehr“ die Orgeß bekämpfen will.

Zu den Enthüllungen über die „Arbeitsgemeinschaft Kofsch“ und die Orgeß, die auch die „Volkswehr“ veröffentlichte, schreibt diese in einem Kommentar dazu a. a. folgendes:

Wie wird Preußen nach dem 20. Februar ausssehen? Werden wir die Justizverwaltung auf Grund des Wahlergebnisses mit einem Sozialdemokraten versehen können, der hier endlich einmal auftrumpft? Werden die Zahlen Severings abschließende Demokratiebeweis eine genügende Stütze geben?

Und dann:

Die gefährliche Sozialdemokratie, die uns mit dauerndem Unfrieden im Inland und Ausland bedroht, muß aufhören. Der mit uns dieser Meinung ist, der rüstet am 20. Februar gegenüber der Orgeß und Kofsch, kann ihren deutschen, nationalen und völkerverhetzenden Bestrebungen die verantwortungsbewußte Politik des preussischen Innenministers, Genossen Severing, und wählt sozialdemokratisch.

Die „Volkswehr“ muß ihre Leser sehr niedrig einschätzen, wenn sie ihnen in Verbindung mit den die ganze Gefahr der Gegenrevolution auslösenden Enthüllungen einen solchen Schwinder vorsetzt.

Was nicht der „Genosse“ Heinz Lange genug Reichsjubiläum, um unter den Richtern aufzutreten? Und hat er nicht gerade das Gegenteil getan, Justizministerin Unangenehmheit zuzufügen?

Severing, war der es nicht, der nach dem Kapp-Dutsch in Rheinland-W. Pfalen und in Preußen der Reichswehr und Orgeß wider hoch hoff. Hat er nicht ein Orgeß-Verbot erlassen, daß dadurch zu einem festen Papier wurde, daß er die Ausführung des Verbot dem Erweisen der Oberpräsidenten, Landräte, Polizei- und Justizbehörden überließ und nicht die Arbeitermassen zur Durchführung der Entwaffnung auf den Plan rief? Ist es nicht ein Wahlschwinder, wenn Severing erst jetzt kurz vor den Preussenwahlen gegen einige Reaktionen in den Behörden vorgeht. Hatte er dazu nicht schon früher Zeit genug?

Wenn die Redaktion der „Volkswehr“ das alles ver-gessen haben sollte oder vergessen machen möchte, dann dürfen aber die Arbeiter das nicht vergessen und aus diesen

Erfahrungen lernen, daß sie mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel nicht die Orgeß entwaffnen können. Die Enthüllungen über die „Arbeitsgemeinschaft Kofsch“ haben aufs neue gezeigt, daß den Orgeßbanden nicht mit Dekreten, Polizei und Justiz heizukommen ist, daß zu ihrer Entwaffnung und Auflösung das Handeln des Proletariats selbst in geschlossener Kampffront notwendig ist.

Eine vernichtende Niederlage.

In Romscheid ist es den ehemaligen USB- und Metallarbeiterverbandangestellten G. H. H. und B. H. L. nach angestrengter Arbeit gelungen, 70 bis 75 Mitglieder (meistens Angestellte, deren Frauen und Verwandte) von der festgeschlossenen Masse der Vereinigten Kommunistischen Partei abzuspalten und um das Banner der USB. zu „föhren“. Das Romscheider Proletariat sah es als eine Beleidigung auf, als dieser USB.-Klub die Romscheider Arbeiterschaft zu einer öffentlichen Volksversammlung einlud mit der Versicherung, daß der „Zentralvorsitzende und Rußlandbelegierte Crispian“ als Redner gewonnen worden sei.

Der große Tag der USB. nahte heran. Der große Saal und die Logen und Gänge des Romscheider Schauspielhauses waren mit Versammlungsbesuchern dicht besetzt. Als der Vorhang fiel und Crispians Augen die Volks-

Wahltag — Arbeitstag.

Heiße Vorkämpfe und blutige Unterdrückung, wachsende Teuerung, Hunger, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot haben die soziale Erbitterung so gesteigert, daß das ganze Proletariat auf große, einheitliche, erlösende Aktionen hindrängt. Auf diesem lebhaft bewegten sozialen Untergrunde hat der preussische Wahlkampf die politischen Gegensätze erneut zugespitzt und weiter verschärft. Selten war deshalb eine Gelegenheit so günstig für die politische Aufklärung und Sammlung der proletarischen Kräfte. Alles ist in den Strudel der sozialen und politischen Entscheidungen gerissen. Jeder muß Stellung nehmen, muß sich entscheiden, um wenigstens durch den Stimmzettel seine politische Meinung zu bekunden.

Parteigenossen und Genossinnen! Die letzten Tage vor der Wahl und der Wahltag müssen die Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Ausnutzung dieser Situation auf dem Posten finden! Die kapitalistisch-demokratischen Staatsgewalten waren noch stark genug, dem Proletariat und uns den parlamentarischen Wahlkampf aufzuwingen. Wir weichen diesem Ringen um die Lösung oder Verwirrung der Geister nicht aus. Im Gegenteil, wir benutzen diese Tage und Stunden, da die Volksmassen politisch hellhörig sind, um die Idee des Kommunismus zu verbreiten, ihr neue Anhänger zu gewinnen.

Genossen! Wählen sind keine Kämpfe, aber sie bedeuten Arbeit! Viel Arbeit, wenn das für die Partei, für die proletarische Aufstellung herausgeholt werden soll, was uns in diesen Tagen zufallen will.

Für Tausende bedarf es nochmals des Anstoßes, eine Versammlung aufzusuchen, um in der Ueberzeugung für uns gestimmt zu werden!

Für Tausende bedarf es jetzt nur noch der Zustellung des letzten Flugblattes, um sie zunächst äußerlich für uns zu gewinnen.

Für Tausende ist es nötig, sie durch Plakate und Aufrufe aus ihrem Elendsstumpsum aufzurütteln, damit sie den Kommunismus wählen!

Für Tausende müssen die aufklärenden Worte erst noch am Wahltag im Schleppland gesprochen werden, um sie an dem für sie kritischen Wahltag politisch dahin zu stoßen, wohin sie ihrer Klassenlage nach gehören!

Tausende werden nicht zu dieser inneren Entscheidung kommen können, wenn nicht wenigstens unsere Stimmzettel überall verteilt und zur Hand sind.

Genossen und Genossinnen! Nur durch eure aufopfernde Mitarbeit in den letzten Tagen und am Wahltag können diese tausende noch schwankender Proletarier für uns gewonnen werden. Nur und ganz allein durch eure Arbeit, die lautlose, nimmermüde Kleinarbeit, kann sich für das ganze Land erweisen, daß wir eine aktive Massenbewegung sind, daß die Vereinigte Kommunistische Partei eine proletarische Massenpartei ist, die imstande ist, zu wirklichen Kämpfen und wirklichen Siegen dem Proletariat voranzugehen! Deshalb:

Heran an die Arbeit! Vorwärts für die Partei!

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei.

massen erklären, unzahlte seine Züge ein glückliches Zeichen ab der Jagd der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Doch etwas kommt es anders und zweitens als man denkt: Nach einer kurzen Geschäft-ordnungsbedachte bestimmte die Versammlung, daß der Zentralvorsitzende Crispian nicht länger als eine Stunde reden dürfe.

Der große Führer Crispian hielt dann ein ganz unklar, unklar, unklar Referat. Erst verzapfte er in seiner ABC-Schätzweise inwendige Nationalökonomie, um dann im Hauptteil seiner Rede die Vereinigte Kommunistische Partei und die russischen Bolschewiken zu beschimpfen. Die abgeleiteten antibolschewistischen Massen über den russischen Justizminister, über den Anarchistenführer G. H. H. B. H., über den Nationalbolschewismus der USB. usw. usw. ergänzte der große Führer, noch dazu in sehr schlechter, wenig würdiger Weise, herunter. Als seine Zeit aus war und er keine Schlußwörter mehr zu sagen hatte, ließ ihn die Versammlung klirren. Crispian trat ab. Die Versammlung nahm dann folgende Resolution an:

Nach dem Referat des Unabhängigen Parteiführers Crispian erklärt die Versammlung, daß die heutige USB. nur noch als ein Anhängel der rechtsbürgerlichen Schei-

mepartei bewertet werden kann, und stellt fest, daß als Vertreterin und Führerin des revolutionären Proletariats nur die USB. anerkannt wird.

Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste, daß die USB., die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie sich in eine nationale Einheitsfront mit den Kriegshörnern und Kriegsverleerern um Stimmes und Rubenbock gestellt haben, es aber (unter dem Jubel der Kapitalisten) ablehnen, an der in dem Offenen Brief der USB. geforderten Herstellung der proletarischen Einheitsfront mitzuwirken.

Die Versammlung fordert alle Männer und Frauen der schaffenden Stände auf, die proletarische Einheitsfront zu schaffen durch die Vereinigung in der USB. und durch die Propagierung der Leitfäden der Dritten Internationale.

Die Versammlung erwartet, daß in diesem Sinne am 20. Februar alle proletarischen Männer und Frauen ihre Stimme für die USB. abgeben werden.

Hoch die Dritte Internationale!

Hoch die Weltrevolution!

Hoch der Kommunismus!

Als ein Bald von Händen sich für die Resolution erhob und minutenlanges Beifallsklatschen folgte, wurde Crispian leichtenblas. Das hatte er doch nicht erwartet! Der Abstimmung folgte ein dreimaliges braulendes Hoch auf die Dritte Internationale. Dann leerte sich der Saal! Die nach Tausenden zählenden Männer und Frauen verließen die Stätte der Unabhängigen-Blamage.

Vor einem Häuflein von 170 Personen, einschließlich der sehr stark vertretenen bürgerlichen Elemente, hielt Crispian sein Schlußwort. Nach Romscheid dürfte Crispian es nie wieder treiben, genau so wenig, wie es seinen Freund Dittmann dorthin zieht.

800 000 Arbeitslose, 3 Mill. Kurzarbeiter — das Junkertum importiert Menschenfleisch.

Im „Bommernblatt“ Nr. 6 steht folgendes Inserat:

„Beschleunigte Abnahme der ausländischen Schnitter ist geboten!“

Mit Rücksicht auf die oberösterreichische Abstimmung ist es dringend notwendig, daß die Abnahme der Schnitter so frühzeitig wie es nur irgend möglich ist, erfolgt. Da vierzehn Tage vor der Abstimmung, welche möglicherweise Mitte März erfolgen wird, die Grenzen vollständig gesperrt werden und nach der Abstimmung verschiedene Transport-schwierigkeiten eintreten werden, liegt die Gefahr vor, daß die benötigten Leute zu den Frühlingsbestellungen nicht rechtzeitig geliefert werden können, wenn die Anmeldung und Abnahme nicht schon im Februar erfolgen wird.

Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer Stettin, Charlottenstraße 3.“

Sehen wir einmal ganz ab von dem Ton, der genau so gehalten ist, als ob es sich um die Abnahme von Jaser oder Kunstbinger handelte und nicht Menschen. Sehen wir nur auf die eine Tatsache, daß zur Stunde größter Arbeitslosigkeit das deutsche Junkertum seine Arbeitskräfte aus dem Ausland herbeiholt, um zu sparen. Und dies, während massenhaft deutsche Landarbeiter entlassen werden, während jedoch gleichzeitig alle Junkerblätter, die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze, spaltenlange Klagen über verminderte Arbeitsfähigkeit des Landproletariats anstimmen. Diese Verlogenheit und Brutalität des Junkertums mögen sich insbesondere jene Arbeiter merken, die heute noch an Arbeitsgemeinschaft mit den Ausbeutern glauben.

Severing macht die Polizei für die Preussenwahl mobil.

Nach der Sozialdemokratischen Zeitungskorrespondenz hat der Minister des Innern, Severing, an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Im Hinblick auf die am 20. Februar d. Js. stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtage pp. ersuche ich die Polizeibehörden, darauf hinzuwirken, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die ungehörige Durchführung des Wahlgeschäftes und auch im Falle darauf folgender Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.“

Also gewissermaßen Wahlen unter aufgeschauelten Wagnissen, wie einst unter Napoleon. — Wie hätte doch der „Vorwärts“ gemeldet, wenn in der wilhelminischen Zeit Polizeipräsident von Jagow einen solchen Wahlarlaß erlassen haben würde!

Ein Orgeßfund in Berlin.

Berlin, 14. Februar. Das Polizeipräsidium teilt mit: Wie erwartet, beschlagnahmte die Berliner Polizei vor mehreren Tagen in Westend eine Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 89 Maschinengewehre, 35 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche MG-Munition und MG-Gürtel der verschiedensten Art) von Mitgliedern einer Orgeß-Organisation, einem Professor Dr. Heyl und Genossen, nach Westend verbracht worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt ergeben, daß Dr. Heyl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwertschule in Berlin, Behrter Straße, abgeholt haben. Die nachfolgenden Ermittlungen an Ort und Stelle führten zur Feststellung und zur Beschlagnahme eines weiteren außerordentlich umfangreichen Waffenlagers, als dessen Hauptbestandteil 2000 Infanteriegewehre, Neb. 28. zu erwähnen sind. Bei den gestohlenen Beständen, die noch in der Behrter-Straße befindlichen und inzwischen von dort fortgebracht, handelt es sich anscheinend um Waffen und Munitionsvorräte einer früheren militärischen Zeitschriften-

Formation, die nach Zeugenaussagen vor etwa anderthalb Jahren Vorräte der genannten Art in dem betreffenden Gebäude untergebracht hat.

Dr. Heyl ist früher Angehöriger eines Zeitfreiwilligenverbandes gewesen. Als bemerkenswert ist ferner hervorzuheben, daß Dr. Heyl bis zum Rapp-Bußsch bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts als Gerichtsassessor beschäftigt war, seitdem aber beurlaubt ist, da gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung am Rapp-Bußsch schwebt.

Das Polizeipräsidium hat die Ermittlungsvorgänge jetzt an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben.

Als — hier sind die Waffen, die man bei der „Roten Armee“ vergeblich suchte. Wir nehmen an, daß der Gerichtsassessor Dr. Heyl sofort verhaftet wird. Oder sollte etwa sein Aufenthaltsort der Staatsanwaltschaft — unbekannt sein?

Das Kinderelend in Preußen.

Die Unterernährung der halleischen Schulkinder.

Nach Mitteilungen des Gesundheitsamtes der Stadt Halle a. S. (bisher unveröffentlicht) betrug die Gesamtzahl der im Jahre 1920 Untersuchten: 25 830. Es wurde festgestellt bei Kindern der

	Volksschulen	Mittelschulen	Höher. Schulen
Mutarmut bei	96 Proz.	93 Proz.	80 Proz.
Unterernährung stärkeren Grades bei	72	70	70
Extreme Magerkeit bei	25	15	10
Schlechte Haltg. (Rückenkrümmung infolge Muskelschwäche bei	25	23	22

Ausgesprochene Magerkeit fand sich bei 17 Prozent aller Schulkinder. Tuberkulose ist in mehreren tausend Fällen festgestellt.

In den Städten wird der Gesundheitszustand der Kinder überall der gleiche sein!

Schiffen gegen Sowjetrußland.

Unerwarteter Ausgang der Bolschewistenhege in Stettin.

In Stettin ist der russische Dampfer „Sobotnik“, der landwirtschaftliche Maschinen, Kreislagen usw. nach Sowjetrußland bringen sollte, unter dem Druck einer infamen Hege von den deutschen Behörden nach Waffens durchsucht worden. Herr Weikmann braucht nämlich unbedingt neues Material für angebliche kommunistische Pläne. Dieses Vorgehen hatte nur ein positives Ergebnis: dem russischen Kommissar des Dampfers wurde dabei die Uhr gestohlen. Die Angelegenheit hat nun aber noch ein anderes Nachspiel gefunden. Durch das Vorgehen der deutschen Behörde ist die Entente erneut auf das Schiff aufmerksam geworden und hat ebenfalls eingegriffen, da sie sich von der deutschen Regierung in Punkt Bolschewistenhege nicht in den Schatten stellen lassen will.

Am Donnerstagabend, nachdem der Dampfer fast fertig geladen war, erschien, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, eine Vertretung der Interalliierten Kontrollkommission und verlangte die Besichtigung des Dampfers und am Freitag vormittag erschien eine weitere, aus Engländern und Amerikanern bestehende Abordnung. Trotz des Einspruchs des Vertreters der Sowjetregierung wurde unter Billigung eines Beamten des Auswärtigen Amtes die Entladung des Dampfers „Sobotnik“ vorgenommen und gleichzeitig eine Durchsuchung aller im Stettiner Hafen liegenden Waren angeordnet.

Die bürgerliche Presse berichtet über die Angelegenheit in verlegenen Wendungen und spricht von einer Erregung in den Kreisen der dortigen Reederei und Schiffsbefugungen. Diese Erregung entspringt nicht etwa einem getränkten patriotischen Ehrgefühl, sondern der langsam dämmenden Erkenntnis, daß man mit einer antibolschewistischen Hege genau das Gegenteil dessen erreicht hat, was man wollte.

Anstatt den $\frac{1}{3}$ Bolschewisten eines auszuweisen, hat man sich selbst in die Reffeln gesetzt, denn die Entente verlangt nun auch die Kontrolle der deutschen Dampfer, insbesondere der „Prinzess Sophie Charlotte“ und „Lena Hirsch“, die im Stettiner Hafen liegen. Derartige Maßnahmen unterbinden natürlich jeden geordneten Hafensverkehr und bedeuten den Ruin für Stettin und eine schwere Schädigung der Ostseeschifffahrt überhaupt.

Der Erfolg dieser Schiffen ist, daß die russische Sowjetregierung, die im letzten Halbjahr 1920 für über 30 Millionen Mark Waren aus Deutschland bezogen hat, ihren Einfluß in Deutschland nach Möglichkeit beschränken und die Aufträge mehr nach den nördlichen Ländern, der Lischeslowakei usw. vergeben wird, wo in den letzten Wochen größere Abchlüsse getätigt wurden. Denn diese andauernden Schiffen in Deutschland bedeuten einen erheblichen Aufwand an Zeitverlust, hohe Lager- und Umlaufkosten, die zu bezahlen die Sowjetregierung keine Lust verspürt. Aus den gleichen Gründen werden sich auch andere ausländische Besteller vom deutschen Markt zurückziehen.

Ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit wird die Folge sein, die weit stärker in kommunistischem Sinne wird, als die Anwesenheit des russischen Dampfers im Stettiner Hafen.

Die Antibolschewisten aber sind wieder einmal dahin gekommen, wohin sie bei ihrer Politik kommen müssen: Sie regnen in die Traufe. Ob sie aber daraus lernen werden, möchten wir noch sehr bezweifeln.

Ausland.

Der weiße Terror in Rumänien.

Buc., 14. Februar. Die Regierung des Generals Averescu in Rumänien ist eifrig bemüht, alle Methoden der weißen Terroristen auch in Rumänien anzuwenden. Nicht weniger als 5000 Prozesse gegen Arbeiter, die beschuldigt werden, sich an dem Generalstreik in Rumänien beteiligt zu

Die Gewerkschaftszersplitterung an der Arbeit.

Der ADBB. übernimmt die Führung. — Die halleischen Gewerkschaften sollen gespalten werden.

Was der ADBB. bisher nur indirekt durch Einwirken auf die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften getan hat, betreibt er jetzt direkt. Unser halleisches Parteiblatt „Klassenkampf“ veröffentlicht einen Brief des ADBB. an rechtsstehende halleische Gewerkschaftler, der den Beweis liefert, daß die Gewerkschaftsführer die Spaltung der Gewerkschaften planmäßig betreiben.

In dem Schreiben wird zunächst festgestellt, daß mit ganz verschwindenden Ausnahmen fast alle Gewerkschaften in Halle von Kommunisten beherrscht werden. Unter Führung des Antibolschewisten Schulze ist in Halle ein neuer provisorischer Kartellvorstand eingesetzt worden.

In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, den Kampf gegen die Kommunisten mit aller Macht aufzunehmen.

Begründet wird dieses Vorgehen mit einem Beschluß des halleischen Gewerkschaftskartells vom 25. Januar, wonach mit der wirtschaftlichen Räteorganisation eine Arbeitsgemeinschaft herbeigeführt wurde.

Als erste Maßnahme empfiehlt der ADBB. die Sperrung der Beiträge für das Gewerkschaftskartell Halle. Er verlangt dazu besondere Anweisungen der Zentralvorstände an ihren Ortsvorstand in Halle.

Wörtlich heißt es: „Ueber die Auswirkung einer solchen Anweisung sind wir uns vollständig klar, aber der uns aufgezwungene Kampf erfordert ein rücksichtsloses Durchgreifen.“

Es wird dann mitgeteilt, daß die Kassierer der großen Verbände „zuverlässig“ seien, d. h. sie sind gewillt, einer solchen Anweisung der Vorstände auch gegen den Willen der Mitglieder und ihrer örtlichen Verwaltung zu folgen. Wenn es den Kommunisten gelinge, durch Neuwahlen solche Kassierer zu beseitigen, „müssen die alten Kassierer aber im Amt erhalten werden und selbst vor der Einsetzung einer kommissarischen Verwaltung durch die Vorstände dürfen wir nicht zurückweichen.“ In zweiter Linie gelte es, die Gewerkschaftsmitglieder in Halle im Sinne des ADBB. zu beeinflussen. „Der Bundesvorstand ist bereit, die Mittel für ein etwa vierseitiges, wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt vorläufig bis zur nächsten Ausschußsitzung zur Verfügung zu stellen. Die restlose Verbreitung eines solchen Organs in einer Auflage von 30 000 Exemplaren ist gesichert.“

Zum Schluß heißt es: Um den gesamten örtlichen Vorständen in Halle noch einmal Gelegenheit zu geben, die Situation zu besprechen, findet am Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, eine gemeinschaftliche Versammlung statt, an der auch der ADBB. teilnehme. . . . In der Annahme, daß die Vorstände den bisher getroffenen Maßnahmen zustimmen, zeichnet mit bestem Gruß: Der Vorstand des ADBB. Ernst Schulze.

Die erwähnte Sitzung hat inzwischen stattgefunden. Dort referierte der unabhängige Arbeiterssekretär Wielepp

und der rechtssozialistische Schulze vom ADBB. Wielepp erging sich in den wüsten Schimpereien gegen unsere Partei. Ein Genosse, der an einer Vorbereitungsbesprechung der Gewerkschaftsbürokraten teilgenommen hatte, stellte in der Konferenz fest, daß Schulze erklärt habe, auch wenn der Beschluß des Zusammengehens des halleischen Kartells mit der Wirtschaftlichen Räteorganisation aufgehoben werde, setze der ADBB. trotzdem in Halle einen Diktator ein.

Weiter ist in der Vorbereitungsbesprechung gesagt worden, unter allen Umständen müssen die Gewerkschaften in Halle gespalten werden. Diese Mitteilung konnte unser Genosse erst am Schluß der Konferenz machen, da ihm das Wort von dem Rechtssozialisten Jesse nicht gegeben wurde. Sie wirkte bei den Bürokraten wie ein Pfeil durchs Fleisch. Laut schreiend stürzten sie sich mit erhobenen Fäusten auf unseren Genossen. Ein Zeichen, wie höchst unangenehm ihnen diese Mitteilung war. Von unserer Seite sprachen die Genossen Weyer und Müller, die den größten Teil der Gewerkschaftsvorstände hinter sich hatten. Wir werden noch ausführlicher über diese wichtige Sitzung berichten, die, wenn es nach dem Willen der Gewerkschaftsbürokraten vom ADBB. geht, die offizielle Einleitung für die Spaltung der deutschen Gewerkschaften bedeutet.

Ob der ADBB. das Recht hat, gegen den Beschluß des halleischen Gewerkschaftskartells vom 25. Januar einzuschreiten, braucht nicht untersucht zu werden. Das ist vollkommen überflüssig, weil der Verlauf der Sitzung vom 10. Februar klar zeigt, daß die Herren jenen Beschluß nur als Vorwand für ihre Spaltungsabsichten benutzten. Das geht ganz klar und unumstößlich hervor aus der Feststellung, die unser Genosse in dieser Sitzung gemacht hat. Auch wenn jener Beschluß rückgängig gemacht werde, wolle der ADBB. in Halle einen Diktator einsetzen. „Unter allen Umständen müssen die Gewerkschaften in Halle gespalten werden.“ Das ist das Ziel, das sie erstreben, die armen Laren! Je toller sie es treiben, um so rascher wird die Revolutionierung der Massen fortschreiten, um so schneller wird die Klasse erkennen, daß die heutigen Gewerkschaftsführer nicht die Interessen des Proletariats, sondern die Interessen der bankrotten kapitalistischen Gesellschaft wahrnehmen. Die Sprengminen, die sie in Halle gelegt haben, werden die Bürokraten selbst zerschmettern, nicht aber das revolutionäre Proletariat. Unsere Genossen dürfen sich durch nichts in ihrer zielklaren Arbeit stören lassen. Es ist anzunehmen, daß die Gewerkschaftsbürokraten noch tollere Streiche verüben werden. Was auch kommen mag, wir vertrauen, daß unsere Genossen eiserne Disziplin bewahren und mit verzehnfachter Energie arbeiten, damit die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganen, zu einem gewaltigen, unüberwindlichen Machtfaktor in der proletarischen Revolution werden.

haben, werden in der nächsten Zeit verhandelt werden. Eine ganze Reihe revolutionärer Arbeiter sitzt ihrer Gefinnung wegen in Verwahrungshaft. Todesurteile sind an der Tagesordnung, Folterungen von Verhafteten sind alltäglich und viele sterben an Krankheiten. Kürzlich verurteilte das Militärgericht des zweiten Armeekorps den sozialistischen Journalisten Jakob Wiener wegen Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates zum Tode. Auch der Sekretär der Gewerkschaften J. Bergmann in Siebenbürgen ist mit zwei Schriftstellern namens Freier und Lapin verhaftet worden. Bergmann wurde zum Tode, die beiden Schriftsteller zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die irreführenden Arbeiter können nicht heimkehren, sondern werden in Arbeiterbataillone der rumänischen Armee eingeteilt, wo sie wie Verbrecher behandelt werden.

Der weiße Terror in Finnland.

Helsingfors, 13. Februar. Das Hofgericht in Abo verkündete das Urteil gegen die Gründer der finnischen kommunistischen Partei, gegen die im vergangenen Frühjahr die Klage wegen Vorbereitung zum Hochverrat angehängt worden war. 14 der Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von 5 bis 14 Jahren verurteilt.

Der englisch-amerikanische Gegensatz.

Der „Temps“ ist in der Lage, den authentischen Wortlaut der Erklärungen zu veröffentlichen, die der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, in London gegenüber einer Gruppe amerikanischer Journalisten abgegeben hat, und die gegenwärtig in England und Amerika den Gegenstand heftigster Erörterungen bilden. Danach hat Sir Auckland Geddes den Amerikanern folgendes gesagt:

„Die gegenwärtige Situation ist sehr ernst. Ich stelle fest, daß die Londoner und die Engländer im allgemeinen sich keine Rechenschaft darüber ablegen, daß ihre Interessen mit denen der Vereinigten Staaten verbunden sind. Andererseits wissen gewisse Amerikaner nicht, was das England von heute ist. Sie haben immer noch die Vorstellung, es sei das England der Vorkriegszeit. Jedes der beiden Länder macht die Befriedigung der Forderungen des anderen unmöglich. Es ist unbegreiflich, daß diese beiden großen Nationen, von denen so ungeheure Interessen abhängen, sich in einen Bruch oder in den Krieg hineinziehen lassen. Und doch ist dies der Weg, den wir gegenwärtig verfolgen. Ein englisch-amerikanischer Krieg wäre für die Welt eine Katastrophe allerersten Ordanges.“

Der „Temps“ fügt hinzu, Staatssekretär Colby habe beim Lesen dieser Erklärungen gesagt: „Das ist phantastisch. Ich kann kaum daran glauben.“

Lord Lloyd, der er im Kommentar zu Colbys Worten sagte: „Das ist phantastisch.“

biger nicht mahne, ist schneller als er glaubte, zerronnen. Amerika verlangt Zahlung und England krümmt sich. Sir Geddes ist eigens nach London gekommen, um über die Stimmung in Amerika zu berichten. Er sieht die Gefahren, spricht von Bruch, Krieg, und trotzdem der Staatssekretär Colby diese Möglichkeit für phantastisch hält, bleibt der tatsächliche Gegensatz bestehen. Was sich bisher in Europa abgespielt hat, der Gegensatz zwischen Deutschland und der Entente, wird sich jetzt auf einer breiteren Grundlage zwischen England und Amerika abwickeln.

Französisches kommunistisches Urteil über die Komödie der Pariser Beschlüsse.

Genosse Marcel Cachin schreibt in „L'Humanité“: In London werden ohne Zweifel die Beschlüsse der Pariser Konferenz umgestaltet werden. Am Ende wird sich die Bourgeoisie der Entente mit der Deutschlands einigen, und wie immer werden die Völker die Rechnung zu bezahlen haben. Die deutsche Bourgeoisie hat unter dem Krieg nicht gelitten. Sie hat vielmehr, genau so wie die unsrige, neue Quellen des Profits durch ihn gewonnen. Die deutsche Bourgeoisie wird auch nicht unter den Bedingungen der Entente zugrunde gehen, sondern die ganze Last der neuen Ententeforderungen wird man dem deutschen Proletariat aufbürden. Die deutschen Kapitalisten leben so gut wie vor 1914, ja, die elegante Welt amüsiert sich jetzt noch besser, als jemals zuvor. Und zur gleichen Zeit ist das Proletariat hungrig und schlecht gekleidet. In London wird die deutsche Regierung zusammen mit den Staatsmännern der Entente ein neues Kompromiß finden, und so wird der lärmende Streit enden, der zurzeit in der Presse und auf den Rednerbühnen ausgefochten wird. Und das wird so weiter gehen, bis — nach der Prophezeiung von Jaures — die Stunde der Revolution, der Tochter des Krieges, schlägt.

Der englische Eisenbahnerstreik einftweilen vertagt.

London, 14. Februar. Sekretär Bromley vom Verband der Zugführer und Lokomotivheizer gibt bekannt, daß die auf morgen vertagte ArbeitsEinstellung ein paar Tage hinausgeschoben werden solle, weil der Führer der englischen Eisenbahner, der Abg. J. H. Thomas, das feste Versprechen gegeben habe, im Unterhause von der Regierung die sofortige Einstellung einer öffentlichen Untersuchung wegen der Verschwendung von Eisenbahner in Irland zu verlangen. Auch wolle man der Regierung noch ein paar Tage Zeit geben, um zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen.

